



„Der Wissenschaft droht ein Vertrauensverlust“

Als Vizepräsident hat der Lebensmittelchemiker Professor Reiner Wittkowski die Entwicklung des BfR entscheidend mitbestimmt. Im Interview spricht der Experte für die Echtheitsprüfung von Lebensmitteln und Weinfachmann über Verdienste und Herausforderungen für das BfR und den gesundheitlichen Verbraucherschutz.



Herr Wittkowski, Sie waren beim BfR von Anfang an dabei, seit 2002. Und Sie sind Weinkenner. Machen wir ein Gedankenspiel: Wenn Sie sich vorstellen, dass das BfR in 17 Jahren herangereift ist wie ein guter Wein: Wie mundet Ihnen dieser Tropfen, nennen wir ihn „BfR-Wein“?

Es gibt durchaus Parallelen zwischen Wein und Wissenschaft. Für einen guten Wein brauchen Sie hochwertige Trauben und einen guten Most. Und ein geeignetes Instrumentarium, um am Ende ein Qualitätsprodukt zu erzeugen. Beim BfR ist das ganz ähnlich. Aus den Vorgängereinrichtungen wurden zunächst die für seine Aufgaben wesentlichen Bereiche extrahiert. Durch die Berufung eines externen Präsidenten ist dann etwas gelungen, was im Wein selten ist: eine Symbiose von präsidialer Spontanvergärung und institutioneller Reinzuchtheife. Das Instrumentarium umfasste unter anderem Qualitätssicherung, Clearing, Kosten-Leistungsrechnung und Elemente wie Unparteilichkeit und Transparenz. Dann galt es, all diese Komponenten gemeinsam heranreifen zu lassen und zu einem harmonischen Ganzen zu formen. Keine Frage, der BfR-Wein würde bei einer Verkostung ganz sicher großes Gold erringen!

Ein Weinkenner besitzt nicht nur Wissen, sondern auch Intuition. Gilt nicht Ähnliches für die Risikobewertung? Benötigt man nicht auch hier neben Faktenwissen ein Bauchgefühl, eine Art Risikoinstinkt?

Eigentlich ist es umgekehrt: Unsere Risikobewertung beruht auf wissenschaftlichen Studien und Fakten und eben nicht auf politischen, gesellschaftlichen oder persönlichen Vorlieben. Mit Intuition hat das nichts zu tun. Die Risiken, die wir bewerten, ergeben sich aus neuen Stoffen, Technologien, mikrobiologischen Bedingungen, Ernährungsweisen und vielem mehr. Ich würde es sogar für schädlich halten, ein persönliches oder institutionelles Bauchgefühl mit einer Risikoeinschätzung zu verknüpfen.

Mit seinen Risikobewertungen hat das BfR erheblichen Einfluss auf Politik, Verbraucher und Wirtschaft. Entsprechend groß ist die Verantwortung. Wie schafft man den Spagat zwischen Lauflassen und Verbotsdenken?

Zunächst einmal belegt die Präsenz des BfR in den Medien und auch in den politischen und gesellschaftlichen Debatten die Relevanz unserer Arbeit und damit auch, dass wir eine erhebliche Verantwortung tragen. Dessen sind wir uns natürlich bewusst und versuchen, dem Rechnung zu tragen. Aber den Spagat, von dem Sie sprechen, sehe ich nicht. Das BfR kann nicht „Laufenlassen“ und es hat auch kein Verbotsdenken.

Worin sehen Sie das größte Verdienst des BfR?

Bei der Gründung des BfR wie bei der seiner europäischen Schwesterbehörde EFSA war intendiert, dass man die wissenschaftsbasierte Risikobewertung fernhalten möchte von gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Einflüssen, um so eine objektive Grundlage für Entscheidungen zu haben. Heute kann man feststel-

len, dass sich das bewährt hat. Das BfR ist ein Vorzeigemodell für wissenschaftsbasierte Politikberatung. Es ist das große Verdienst des Instituts, Orientierungswissen zur Verfügung zu stellen. Es vertritt keine Eigeninteressen und hängt sein Mäntelchen nicht in den Wind. Das ist wertvoll für die Politik, denn es hilft, Debatten zu versachlichen. Aber es ist natürlich auch der Grund, weshalb wir kritisiert werden – unsere Befunde kontrastieren mitunter mit ideologischen, politischen oder persönlichen Zielen und Lebensvorstellungen.

Sie spielen auf Glyphosat an. Die Risikobewertung des Instituts hat dem BfR eine Menge Kritik eingetragen.

Glyphosat war und ist ein Sonderfall und zugleich ein Sündenfall. Es war das erste Mal, dass auf einen unabhängigen wissenschaftlichen Bewertungsprozess massiver politischer Druck ausgeübt wurde. Man hat einen wissenschaftlichen Bewertungsprozess noch im Stadium des wissenschaftlichen Diskurses quasi demokratisiert und gesellschaftlich geöffnet. Das hat zu Auseinandersetzungen bis hin zum Europäischen Parlament geführt. Dabei hat man auch einen Vertrauensverlust der Wissenschaft in Kauf genommen.

Die Wissenschaft zu demokratisieren – das klingt doch erstmal gut.

Gegen Demokratisierung ist nichts einzuwenden. Wenn es etwa um Transparenz geht, um die Offenlegung unseres Vorgehens. Aber Wissenschaft hat auch mit Expertise zu tun. Stellen Sie sich vor, jemand platzt in die Orchesterprobe der Berliner Philharmoniker und sagt: „Liebe Leute, ich habe auch mal Musikunterricht gehabt, ab jetzt gebe ich den Ton an!“ Das wäre unvorstellbar. Nur bei der Wissenschaft will plötzlich jeder mitreden. Da stehen Einrichtungen wie das BfR oder die EFSA vor einer schwierigen Zukunft. Hier sind auch die Wissenschafts- und Fachgesellschaften gefragt.

Wo muss das BfR noch besser werden?

Das BfR funktioniert schon ziemlich gut. Aber wir tun uns immer noch schwer damit, wissenschaftliche Erkenntnisse so aufzubereiten, dass die Öffentlichkeit sie auch versteht. Wir sind offensichtlich immer noch zu kompliziert. Doch unser Ziel muss es sein, möglichst alle gesellschaftlichen Kreise zu erreichen. Es ist eine erhebliche Herausforderung, hochkomplexe Sachverhalte stark unterkomplex kommunizieren zu müssen. Die Menschen wollen aber einfache Botschaften, das sieht man auch in der Politik. ■